

Noch Licht der Hoffnung am Ende des Autobahn-Tunnels?

Bürgerverein Heuchelhof setzt nach BVG-Urteil auf die Politik

Von unserem Redaktionsmitglied
RICHARD WUST

WÜRZBURG Von einem Bundesverwaltungsgericht lässt sich der Bürgerverein Heuchelhof ob der großen Würde zwar beeindrucken, aber nicht entmutigen. „Wir wollen eine Lösung, die wir auch noch vor unseren Enkeln verantworten können“, sagt Christiane Kerner als Vereinsvorsitzende. Keine Aggression, aber „jeder soll verstehen, warum wir nicht aufgeben.“

Es geht um die Frage, ob der Ausbau der Autobahn A 3 nicht doch noch mit einem Tunnel möglich ist – oder, wie von der Stadt in Absprache mit den Ministerien geplant, nur mit der sogenannten Troglösung. Es gehe, sagt Kerner, um eine Stadtteil-Entwicklung, die über Jahrzehnte festgelegt wird und um die Lebensqualität und die Gesundheit von Tausenden von Menschen. Das ist auch die Position der Gesundheitsinitiative Heuchelhof-Tunnel, die das Rechtsverfahren initiiert hatte – und vor dem Bundesverwaltungsgericht (BVG) weitgehend gescheitert war.

Für „technisch und politisch überholt“ hält die Gesundheitsinitiative das Ergebnis der Lenkungsgruppe, die vor fünf Jahren als politischen Weg die Troglösung ausgehandelt hatte. Der Kampf – er geht nun schon über viele Jahre. Ausgangspunkt ist im Moment das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, an dem sich vor allem viele Politiker festklammern. Überraschend: Namhafte Politiker der CSU als Regierungspartei sind mittlerweile in Zweifel geraten, ob der Lenkungsausschuss mit seinem Kompromiss der „Troglösung“ auf der bisherigen Trasse eine gute Entscheidung getroffen hat. Immerhin waren der Stadtrat und

wichtige Wirtschaftsvertreter der Region zuvor für die Tunnel-Lösung.

Der strittigste Punkt sind nach wie vor belastbare Zahlen, wie viel beide Lösungen wirklich kosten. Das Kostenargument ist auch ein politisches Argument. Da legt Ingenieur Herman Würdehoff für den Bürgerverein eine nach seiner Meinung solide Rechnung vor: Danach wäre der Tunnel mit 189 Millionen Euro nur 16 Millionen teurer als die „Amtstrasse“. Jede Seite rechnet im Moment im Wettstreit ihren Kosten nach unten. Doch vom Zahlensalat lassen sich auch Politiker nicht blenden.

.....
„Wenn diese Zahlen belastbar sind, muss man über die Situation neu nachdenken.“

Paul Lehrieder
CSU-Bundestagsabgeordneter

Die Bürgerinitiative fragt nach dem politischen Willen. Für den geplanten Bau der Straßenbahn ans Hubland gebe es klare Anforderungen an eine Kosten-Nutzen-Abwägung. Wenn die Relation nicht stimmt, gibt es keine Zuschüsse. Damit wäre die Straßenbahnlinie gestorben.

Die gleichen Richtlinien wendet die BI jetzt bei der Autobahntrasse an und kommt dabei zu Werten, die für die Tunneltrasse sprechen. Christiane Kerner, Hermann Würdehoff und Raimund Binder behaupten nicht einmal, dass das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts schlecht sei. Man habe nur bestätigt, dass sich die geplante Amtstrasse an die gesetzlichen Voraussetzungen gehalten hat. Falsch sei nur, dass es hier um Einzelinteressen gehe: Sie sehen die Stadt und ihre Bürger insgesamt betroffen. „So spät wie Stuttgart“ sei

man noch lange nicht, sagt Würdehoff. Man baue jetzt auf die Politik. Die Sympathisanten sind derzeit nur in der CSU zu finden. Oberbürgermeister Georg Rosenthal (SPD) und die anderen Fraktionen berufen sich auf den Kompromiss der Troglösung. Doch seit dem Lenkungsausschuss, betont Kerner, habe sich schließlich einiges getan – auch bei den Kosten.

„Wenn diese Zahlen belastbar sind, muss man sie genau prüfen und über die Situation neu nachdenken“, sagt CSU-Bundestagsabgeordneter Paul Lehrieder. Man solle aus Stuttgart 21 lernen. Er hat sich jedenfalls bereit erklärt, alles noch einmal über das Bundesverkehrsministerium nachprüfen zu lassen. Für ihn sei auch die Bauzeitproblematik wichtig, wo die „Tunnelbauer“ wesentlich geringere Belastungen für die Stadt Würzburg sehen, weil der Tunnel unabhängig vom Verkehr auf der A 3 gebaut werden könnte.

Wenn es um die beste Lösung geht, sieht auch Landtagsabgeordneter Oliver Jörg (CSU) kein Problem darin, politisch umzudenken. Er ärgert sich nur, dass es kein Geld gibt, die Zahlen neutral und ergebnisoffen prüfen zu lassen. Sorgen bereitet ihm allerdings, dass es mit einer Tunnelösung und der Verlegung der Trasse neue Betroffenen im Reichenberger Grund geben würde.

Zu ihren Sympathisanten im Stadtrat zählt die Initiative Christine Bötsch (CSU). Die sieht zwar die Stadt gut beraten, wenn sie an geschlossenen Kompromissen festhält. Sie räumt aber auch ein, dass die CSU mit der Forderung nach einem Tunnel in die Verhandlungen gegangen ist. Deshalb setzt sie sich auch dafür ein, dass die Baukosten für einen Tunnel plus Einhausung Reichenberger Brücke nochmals überprüft werden.